Leipziger Tageblatt
und
Handels-Zeitung
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe, monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—; für Abholer monatl. M. 9.50. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatl. M. 10.—, viertel jährl. M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatl. M. 7.50, vierteljährlich M. 22.50, Morgen-Ausgabe M. 5.—, Abend-Ausgabe M. 2.50, Sonntags-Ausgabe M. 1.— monatlich (ausschließlich Postbestellgeld). Auslandsversand: monatl. M. 10.— n. Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 10 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Hauptschriftleiter: Dr. Erich Everth, Leipzig.

114. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. auswärts M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preis erhöht. Platz und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreis für die Gesamtauflage das Tausend Mk. 12.— netto, für Teilauflage das Tausend Mk. 15.— netto, für Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694. — Postscheckkonto 7299. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8. Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 256 — Sonnabend, den 5. Juni — 1920

Deutschland und der russisch-polnische Krieg

Ostpreußen nicht gefährdet

Berlin, 4. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Meldungen, die offensichtlich aus dem Presseapparat der französischen Republik stammen, sprachen seit einigen Tagen von einer möglichen Intervention Frankreichs im polnisch-russischen Kriege. Polen soll angeblich in Paris einen Schritt in dieser Hinsicht unternommen und erklärt haben, daß es sich höchstens noch bis Ende Juni halten könne, und als Schreckgespenst soll es den Einzug der Roten Armee in Warschau an die Wand gemalt haben. Daraufhin habe man in französischen Regierungsstellen den Plan erwogen, so rasch wie möglich 100 000 Mann vorwiegend farbige Truppen zur Verfügung zu stellen. Gewisse Meldungen besagen sogar, daß Frankreich Polen diese Waffenhilfe bereits zugesichert habe. Da England den Transport zu Schiff über Danzig mit Rücksicht auf die Stellungnahme der englischen Seeleute verweigere, wolle man versuchen, die Zustimmung Deutschlands für den Durchmarsch französischer Truppen zu erlangen.

Wir halten diese Nachricht zunächst für einen Versuchsballon, wollen aber keineswegs verkennen, daß sich die Dinge im Osten vielleicht einmal so entwickeln können, daß sie uns zu einer aktiven Stellungnahme im polnisch-russischen Konflikt nötigen könnten. Wir glauben für diesen Fall nicht, daß die deutsche Regierung Veranlassung hat, sich irgendwie für die bisher uns gegenüber eine obstruktive Haltung einnehmende polnische Regierung ins Zeug zu legen. Nachdem der Versailler Vertrag für lange Zeit die Dinge im Westen und die Beziehungen zwischen uns und dem politisch nach Westen neigenden polnischen Staate regelt, beruht unsere Hoffnung, das haben wir in keinem Augenblicke verkannt, auf dem Osten, d. h. auf Rußland. Es ist durchaus verkehrt, annehmen zu wollen, daß die gegenwärtigen Kämpfe der russischen Truppen gegen die Polen von dem russischen Volke in seiner großen Mehrheit mit zum mindest stillschweigender Feindseligkeit gegen die Sowjetregierung verfolgt werden. Im Gegenteil, alle Nachrichten, die aus Rußland zu uns dringen, besagen, daß mit den Erfolgen der Roten Armee über die Polen geradezu eine neue Woge nationaler Begeisterung durch das ermüdete Rußland gezogen sei, und daß sich jedenfalls in der Abwehr eines von einer fremden Nation organisierten Einmarsches die russischen Volksgenossen, ohne Unterschied ihrer Partei, zum gemeinsamen Verteidigungskampfe zusammenfinden werden.

Vorläufig sind aber die oben angedeuteten Fragen überhaupt noch nicht aktuell. Die Lage an der russisch-polnischen Front wird bei uns an den maßgebenden militärischen Stellen durchaus nicht so ungünstig für die Polen beurteilt, wie es die Hilferufe aus Warschau für die Polen glauben machen möchten. Im Gegenteil nimmt man an unterrichteten und sachverständigen Stellen im Reichsministerium an, daß gegenwärtig etwa ein Gleichgewicht der Kräfte auf dem östlichen Kriegsschauplatze hergestellt ist. Die Kämpfe zwischen den Russen und Polen dauern fort, ohne daß aber dadurch wesentliche Aenderungen in der taktischen oder strategischen Lage herbeigeführt worden sind. Die große russische Gegenoffensive ist zum Stehen gekommen, und es ist bemerkenswert, daß nach der Ansicht unserer Militärkreise Kiew sich noch in den Händen der Polen befindet. Die Wiederaufnahme des Vormarsches durch die russische Armee, so wird von militärischer Seite versichert, braucht mindestens einige Wochen Zeit zur Vorbereitung, und erst nach dieser Operationspause wird sich beurteilen lassen, wie sich die militärische Situation im Osten in Zukunft gestalten kann. Von einer Gefährdung Ostpreußens, die in manchen Köpfen spukt, kann, wenigstens vorläufig, nicht die Rede sein; sie ist für die nächsten Wochen durchaus unwahrscheinlich.

* * *

Berlin, 4. Juni. (Drahtbericht.) In amtlichen Kreisen nimmt man entschieden Stellung gegen die Mitteilungen aus polnischer Quelle, wonach Frankreich beabsichtigt, erforderlichenfalls Verstärkungen für Polen durch Deutschland hindurchzuführen und dafür die Genehmigung der deutschen Regierung zu verlangen. Man ist in Regierungskreisen einstimmig der Ansicht, daß man ein derartiges Ansinnen, wenn es überhaupt gestellt werden sollte, mit aller Entschiedenheit zurückweisen werde. Deutschland wird nie seine Einwilligung dazu geben, Sowjetrußland gegenüber seine Neutralität zu verletzen. Ueberdies kenne Frankreich die Stellung Deutschlands aus früheren Vorkommnissen, und man hofft, daß die Franzosen sich nicht zu einer derart illoyalen Forderung an Deutschland hinreißen lassen werden.

England, Polen und Rußland

H. G. Noch immer läßt England seine Stellung zu dem großen russischen Problem offen. Lloyd George hat Krassin empfangen. Ergebnis der langen Audienz ist, daß Sowjetrußland in London eine große Handelszentrale eröffnen darf, wobei vorerst unentschieden bleibt, ob Krassin oder seine Beauftragten mit andern Waren als bolschewistischen Aufklärungsschriften werden handeln wollen oder können. Krassin hat dieses Zugeständnis unter der Bedingung erhalten, daß er in Moskau seinen ganzen Einfluß dafür einsetzt, daß die englischen Gefangenen rasch freigelassen werden; er wird die Antwort seiner Regierung zu einem neuen Gespräch mit Lloyd George benützen. Sie wird vermutlich zusagend ausfallen. Sowjetrußland hat an englischen Gefangenen nicht das geringste Interesse.

Inzwischen geht es den Polen an der russischen Nordfront weiter schlecht. Man soll zwar den aus Ostpreußen kommenden Meldungen über geflohene polnische Offiziere und ihre Aussagen nicht zu viel Glauben beimessen — solche Nachrichten liegen zu sehr im Interesse derer, die in Ostpreußen begreiflich vor den russischen Bolschewisten bangen — aber auch ohne solche Nachrichten kann man annehmen, daß sich die polnische Armee in Litauen und Weißrußland unter dem russischen Druck wenig wohlfühlt. Polen sieht sich nach Hilfe um. Es hat sich an Frankreich gewandt, — ob die Hilfstruppen schwarz oder weiß sein werden, soll den Polen angeblich dabei gleichgültig sein —; von englischer Hilfe hört man dagegen wenig oder gar nichts, und zur selben Zeit hat sich der englische Oberkommissar Tower von Danzig in Sachen einer aufsehenerregenden Verhaftung in Dirschau zweifelsfrei gegen die polnische Auffassung der Sache ausgesprochen.

Trotzdem mag es verfrüht sein, England nun auf jeden Fall auf der russischen Seite zu sehen und ihm gegenüber Polen feindliche Absichten zu unterstellen. England wartet nur, und dieses Warten schlägt zurzeit mehr nach Rußland als nach Polen aus, während man bald nach der ukrainischen Offensive der Warschauer Regierung glauben machte, das Gegenteil sei richtig. Offenbar hatte damals der in Warschau als wenig gut unterrichtet geltende, englische Gesandte etwas optimistische Berichte gesandt, in der Zwischenzeit ist man auch in England besser belehrt worden. Nun will man abwarten. Daß man dabei keinen Augenblick zögern wird, auch gegenüber Rußland seine Interessen auf das energischste zu verfechten, wenn sie bedroht erscheinen sollten, zeigt eine offenbar englischen Quellen entstammende Nachricht aus Litauen. Darin wird gesagt, daß dieses Land keineswegs gestatten werde, daß Sowjetrußland die jetzt unrechtmäßigerweise von Polen besetzten Teile Litauens den Polen abnehme, um sie selber zu behalten. Von Moskau aus ist darauf prompt der Bescheid eingegangen, man denke nicht daran, die Selbständigkeit Litauens anzuzweifeln und hoffe, daß die eben angebahnten Friedensverhandlungen bald zu gutem Ergebnis führen. Daß man dabei in Wahrheit stets die englischen Interessen in Litauen und nicht Litauen selber meint, kann man ohne Mühe polnischen Blättern entnehmen, die fast täglich von dem wachsenden Einfluß des englischen Handels in Litauen zu berichten wissen.

Man sieht, England fährt vorerst noch immer zweispännig. Das Sattelpferd ist zwar jetzt Rußland, aber man hat ja, falls dieses sich in absehbarer Zeit etwa doch noch als Versager herausstellen sollte, immer noch in der Hand, auf das Handpferd Polen zurückzugreifen, zumal schon die Drohung mit solchem Wechsel eine erhebliche Herabminderung der Moskauer Ueberheblichkeit erzielen kann. Man merkt dies vor allem auch an den sehr geschickten Schachzügen England's im nahen Orient; eine gewisse Annäherung der auch hier undurchsichtigen englischen Politik an die Richtung Kjemal-Pascha ist unverkennbar; vielleicht ist man soeben dabei, in London über eine vorläufige Interessenabgrenzung zwischen Sowjetrußland, Enver-Pascha und Großbritannien nachzusinnen. Man kann das in aller Ruhe tun, noch ist man ja der inneren Ohnmacht Rußlands sicher, und sie ist es auch, die England einigen militärischen Erfolgen der Roten Armeen ruhig zusehen läßt.

(Siehe auch Seite 3.)

Berufung deutscher Firmen durch die Reparationskommission

Frankfurt a. M., 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Für die Wiederherstellung der zerstörten Bergwerke in Nordfrankreich war bisher nur eine französisch-belgische Gruppe von Unternehmern tätig. Nunmehr wurde auch die deutsche Schachtbauindustrie durch die Reparationskommission herangezogen. Wie die „Frankf. Ztg." erfährt, sind von den deutschen Schachtbaugesellschaften, vor allem von der Tiefbau- und Kälteindustrie A. G. vormals Gebhardt u. Koenig und der Deutschen Schachtbau-A. G., beide in Nordhausen, Maschinen und Apparate in größerem Umfang erworben worden, die für Rechnung des Deutschen Reiches zum Wiederaufbau nach Frankreich gehen. Es handelt sich um Objekte von einigen Millionen, und man muß damit rechnen, daß noch weitere derartige Erwerbungen erfolgen werden.

Reichsdarlehen für die Pirmasenser Schuhindustrie?

Berlin, 4. Juni. (Drahtbericht.) Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, steht das Reichsarbeitsministerium mit der Pirmasenser Schuhwarenindustrie in Verhandlungen, um die Wiederaufnahme des Betriebes in einem Teile der geschlossenen Schuhwarenfabriken herbeizuführen. Es wird daran gedacht, aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge Darlehen zu gewähren, die in ihrer Höhe nach der Ersparnis an der Erwerbslosenfürsorge bemessen werden. Die Preise für Schuhwaren, die auf diesem Wege hergestellt werden, sollen sich in einer Höhe halten, die sie auch für die minder bemittelte Bevölkerung erträglich erscheinen läßt. Davon wird zugleich eine günstige Einwirkung auf die Haltung des Schuhwarenhandels erwartet, der sich gegenwärtig noch nicht zu dem notwendigen Abbau der Preise entschließen konnte.

Das Erlebnis der Demokratie

Wie nationales Gefühl an keine bestimmte Staatsform oder Partei gebunden ist, sondern als eine Kraft anerkannt werden muß, die — dem Individuum bewußt oder unbewußt — aus dem persönlichen Erlebnis jedes einzelnen im Volke erwächst und zur Gemeinschaft aller Stammesgenossen drängt, ebensowenig darf uns demokratische Gesinnung verbunden sein mit besonderen Forderungen einzelner Volkskreise, sondern wir müssen uns bewußt werden, daß demokratische Gesinnung Gemeingut aller Deutschen werden kann und — wie ich glaube — werden muß, sofern nicht das Urteil auf uns einmal Anwedung finden soll, das der Historiker Friedjung über Oesterreich fällte, als er die Schilderung der Schlacht von Königgrätz mit den Worten schloß: Oesterreich ging an Oesterreich zugrunde!

Schon einmal in unseren Jahren erwachte das deutsche Volk zu demokratischer Gesinnung, in Tagen gemeinsamer Erhebung, gemeinsamen Wollens und gemeinsamer Zielsetzung. Wohl weiß ich, daß der Geist der Augusttage von 1914 in seinem plötzlichen Ausbruch keine politisch-demokratischen Ziele verfolgte, aber ich möchte das Erlebnis jener Tage als den Beweis dafür ansehen, daß echtes nationales Gefühl, wie ich es oben zu deuten versuchte, in seiner letzten Möglichkeit eins werden kann mit dem Erlebnis wahrer Demokratie. Denn war nicht in jenen Wochen, leider nur auf allzu kurze Zeit, das erreicht, was jedem aufrechten Demokraten, heute wie je, als höchstes politisches Ziel vorschwebte: hatten wir damals nicht alles Trennende in Gesinnung und Wirtschaftslage der einzelnen Volksschichten vergessen, fühlten wir nicht, als uns Vernichtung drohte, nur einen Pulsschlag durch unser Volk gehen? Damals waren wir im Geiste Demokraten, ohne daß wir uns dessen bewußt gewesen sind, auch deshalb, weil in den ersten Monaten des Krieges unsere politischen und militärischen Führer vom Vertrauen des gesamten Volkes getragen wurden und das, wie wir glaubten, zu erreichen suchten, was uns allen selbstverständliche Notwendigkeit war: die Abwehr eines Angriffes, der unser nationales Leben bedrohte.

Das Erlebnis der Demokratie, verbunden mit der höchstmöglichen Steigerung des echten Nationalgefühls, wie es größer kaum je einem Volke beschieden war, wurde für uns Episode, weil uns Staatsmänner fehlten von dem Holze, aus dem ein Bismarck und Gneisenau geschnitzt waren, die uns die Staatsform gegeben hätten, in die das für erfolgreiche Durchführung des Krieges unbedingt notwendige demokratische Gefühl hätte fließen können und in der es für die Gemeinschaft fruchtbringend gewirkt hätte. Während es im August 1914 hieß: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche", wurden in Preußen noch jahrelang die wahlfähigen Staatsbürger in drei Klassen eingeteilt, und im Reiche diejenigen versteckt oder offensichtlich als Verräter am Volke bezeichnet, denen ihr demokratisches Bewußtsein, ihre Liebe zu jedem einzelnen im Volke, der in den Kriegsjahren Ungeheures erleiden mußte, gebot, den Regierenden zuzurufen, sie sollten sich mit einem Frieden begnügen, der uns vielleicht keinen äußerlich sichtbaren Gewinn brächte, wohl aber unserem Volke die nationale Existenz sicherte. Wir wollen heute nicht rechten, nicht anklagen, wir wollen lernen aus der Vergangenheit. Wenn wir zurückschauend die Fehler der Führenden von damals erkennen, so laßt uns nicht die Keile noch tiefer in unser Volk treiben, die es zu seinem Unglück heute noch zerspalten!

Erfüllung muß jetzt werden dessen, was uns damals versagt wurde — und die Möglichkeit zu dieser Erfüllung ist gegeben! Ein Rahmen wurde uns in der Verfassung des Reiches und der Länder geschaffen, in den das demokratische Gemeinschaftsgefühl zu fruchtbarer Wirksamkeit strömen kann. Nicht sei heute die Frage, ob dieser Rahmen jedem von uns in all seinen Linien als letzte, unverbesserliche Form erscheint — darüber kann das Volk in ruhigeren Zeiten entscheiden. Eines jedoch steht fest, daß er allen Volksschichten die gleiche Möglichkeit gibt, sich politisch auszuwirken, und daß er die Bevorzugung einzelner Klassen für immer ausschließt.

Aber der Rahmen, dessen Errichtung den meisten von uns Sehnsucht war, ist noch nicht so ausgefüllt, wie wir es hoffen müssen. Wir sind heute noch kein demokratisches Volk, weil gegenwärtig noch unserer Gesamtheit das fehlt, was ich das Erlebnis der Demokratie nannte.

Der Krieg verschärfte in seiner langen Dauer die Gegensätze, die im August 1914 überwunden schienen. Der Kampf ums tägliche Brot, den der einzelne schärfer denn je zu führen hatte, ließ uns das eigene Schicksal oft wichtiger erscheinen als die gemeinsame Not. Schieber- und Wuchertum trugen dazu bei, daß die Spaltungen im Volke immer größer wurden. Noch immer leiden wir an den Nöten des Krieges. Ja vergleichbar ist die Stimmung des vorschauenden Politikers unserer Tage dem Angstgefühl, das uns Ahnungslose beschlich, als unser Volk von einer Welt von Feinden überfallen zu werden schien.

Damals fanden wir den Weg zur Gemeinschaft; damals, als uns Vernichtung nicht mehr bedrohte als heute, als wir ein starkes, gesundes und reiches Volk waren. Und heute, wo wir schwach und krank und arm danieder liegen, wo wir als Paria unter den Völkern angesehen werden, wo wir nicht wissen, ob wir

Einwohner Leipzigs!

In den Stürmen der Revolution saht Ihr Eure Rettung in der Demokratie und wähltet Deutsch-Demokratisch.
Glaubt Ihr, daß es diesmal anders ist? — Jeder Ruck nach rechts oder links bedeutet neuen Bürgerkrieg!
Drum bleibt bei der Partei der Mitte und des Ausgleichs.
Bleibt Deutsch-Demokratisch und wählt die Liste Goetz—Schneider.